

Pressemitteilung

Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE sieht in Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien historische politische Weichenstellung für die Windenergie-auf-See in Deutschland

Berlin/Hamburg, den 24. November 2021

„Der Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Grünen stellt eine historische politische Weichenstellung und einen großen Auftrag für die Offshore-Windenergie in Deutschland dar“, begrüßt Karina Würtz, Geschäftsführerin der Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE, die heute offiziell bekanntgewordene Anhebung der Ausbauzahlen für die Windenergie auf See bis 2045. „Mindestens 30 GW bis 2030, 40 GW bis 2035 und 70 GW bis 2045 sind eine enorme, aber auch notwendige, Absichtserklärung der kommenden Bundesregierung zur Erreichung der deutschen Klimaziele. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich das Ausbauziel für 2045 auch erstmalig an dem orientiert, was in energie- und klimapolitischen Studien als notwendiger Beitrag der Offshore-Windenergie zur Erreichung dieser Ziele angesehen wird. Wir hoffen, dass wir auf diese Weise nun ab dem kommenden Jahr alle Energie auf die Umsetzung und die Ausgestaltung des Umsetzungspfades konzentrieren können“ so Würtz weiter.

Der heute von den Ampel-Parteien vorgelegte Koalitionsvertrag beinhaltet eine Vielzahl an Branchen-Empfehlungen, die die Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE im Rahmen der Bundestagswahl an die Politik adressiert hatte. So wurde seitens der Stiftung nicht zuletzt während des Konsultationsprozesses zur Novellierung des maritimen Raumordnungsplans in diesem Jahr angeregt, die Offshore-Windenergie über andere Nutzungsformen zu priorisieren. Auch die geplante Beschleunigung von Genehmigungsprozessen, die bessere personelle Ausstattung des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie als zentrale Genehmigungsbehörde, die Intensivierung der europäischen Kooperation zum Aufbau eines vermaschten Offshore-Netzes sowie die explizite Erwähnung von Ko-Nutzungspotenzialen finden sich in den Empfehlungen.

„Ein Primat von Klimaschutzmaßnahmen wie dem Ausbau der Offshore-Windenergie ist unbedingt notwendig, um Prozesse zu beschleunigen, damit Deutschland überhaupt eine Chance hat, Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Wir sind froh, dass die kommende Bundesregierung diese Meinung teilt. Wir sind jedoch gleichermaßen davon überzeugt, dass das nicht zwingend bedeuten muss, dass andere Nutzungsformen nicht genügend Raum bekommen,“ führt

Würtz aus. „Entsprechend begrüßen wir gleichermaßen die Erwähnung von Ko-Nutzungspotenzialen im Koalitionsvertrag. Hier stehen wir in Deutschland noch am Anfang der Diskussion, im Unterschied zu einigen unserer europäischen Nachbarn. Da waren wir leider in der Vergangenheit viel zu sehr in einem Schwarz-Weiß-Denken verhaftet. Es gilt nun, diese Diskussion zu beschleunigen, Potenziale zu heben sowie Synergien zu schaffen, von denen wir jetzt im Zweifelsfall noch gar nicht wissen, dass es sie gibt. An dieser Stelle möchten wir auch das positive Bekenntnis im Koalitionsvertrag zu innovativen Solar-Anwendungen wie Floating-PV unterstreichen, wo wir weitreichende Kombinationsmöglichkeiten mit der Offshore-Windenergie sehen. Die Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE ist bezüglich der verschiedenen Multi-Nutzungspotenziale mit vielen verschiedenen europäischen Akteuren im Austausch und wird hier weiterhin dazu beitragen, gegenseitiges Lernen zu ermöglichen und Lösungen im europaweiten Austausch zu erarbeiten.“

Hintergrund

Am 24. November haben SPD, FDP und Grüne ihren Koalitionsvertrag vorgestellt.

Zur Offshore-Windenergie heißt es darin unter anderem:

„Die Kapazitäten für Windenergie auf See werden wir auf mindestens 30 GW 2030, 40 GW 2035 und 70 GW 2045 erheblich steigern. Dazu werden wir entsprechende Flächen in der Außenwirtschaftszone sichern. Offshore-Anlagen sollen Priorität gegenüber anderen Nutzungsformen genießen. Auch in der Ko-Nutzung sehen wir eine Möglichkeit für einen besseren Interessenausgleich. Wir treiben europäische Offshore-Kooperationen weiter voran und stärken grenzüberschreitende Projekte in Nord- und Ostsee.

Den zusätzlich erzeugten Offshore-Windstrom werden wir beschleunigt, eingriffsminimierend und gebündelt anbinden. Die dafür notwendigen Technologieentscheidungen, beispielsweise zur Rolle hybrider Interkonnektoren, vermaschter Offshore-Netze oder von Multiterminalanbindungen, werden wir umgehend treffen und dabei auch die landseitige Netzintegration im Blick haben.“

Über die Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE

Die gemeinnützige Stiftung der deutschen Wirtschaft zur Nutzung und Erforschung der Windenergie auf See wurde 2005 auf Initiative der Branche und unter Moderation des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gegründet. Ziel der Stiftung ist es, die Rolle der Offshore-Windenergie (u.a. in Kombination mit Grünem Wasserstoff) im Energiemix der Zukunft in Deutschland und Europa zu festigen und ihren Ausbau im Interesse von Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben.

Pressekontakt

Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE
Andreas Mummert
Leiter Politik
Schiffbauerdamm 19
10117 Berlin
Tel: +49 1520 9044836
E-Mail: a.mummert@offshore-stiftung.de
Internet: www.offshore-stiftung.de